

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Postzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamzeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Vorl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.

Nummer 79

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 7. April 1921

Februar 179

55. Jahrgang

Sagespiegel.

Die Verhandlungen zur Bildung des preussischen Staatsministeriums sind in ein kritisches Stadium getreten.

In der Provinz Sachsen drohen die Bauern mit der Bildung von Selbstschutzorganisationen, wenn nicht sofort Reichswehr zur Säuberung der Provinz von den noch vorhandenen Banden eingeseht wird.

Der bayerische Ministerrat besaßte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit der von Reichsminister Dr. Heinze überbrachten Note der Reichsregierung.

Im französischen Senat erklärte Ministerpräsident Briand, wenn Deutschland noch nach dem 1. Mai versuchen sollte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, so werde eine starke Hand auf Deutschland niedersinken und weder vor dem Besitz der Großindustrie, noch vor den deutschen Bodenschätzen Halt machen.

In den schottischen Grubenbezirken kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen.

Die griechischen Truppen ziehen sich weiter auf ihre Ausgangslinien zurück.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Viviani Kargeheit, nur der Friede Amerikas mit Deutschland werde dieses in die Lage versetzen, die Entschädigung zu zahlen.

Vermittlung Amerikas?

Der Gedanke, die Vereinigten Staaten oder deren neuen Präsidenten Warren G. Harding zum Vermittler in der Entschädigungsfrage zu machen und dadurch die durch den Abbruch der Londoner Beratung und den Vormarsch der Verbündeten auf einen toten Punkt gebrachte Angelegenheit zu einer von aller Welt ersehnten Lösung zu bringen, findet in Londoner Unterhandlungen hat dort stark enttäuscht. Bezeichnend ist es, daß die „Evening Post“, die das Sprachrohr der stark mit England verknüpften Gruppe des Milliarden Morgans ist, schrieb: „Eine Einigung, bei der wir einen Druck auf unsere früheren Verbündeten ausüben und sie zu einer Mäßigung veranlassen, während wir gleichzeitig Deutschland klarmachen, daß es zahlen muß, was es nach Vernunft und Gerechtigkeit zahlen sollte.“

Auch in politischen Kreisen wird der Vermittlungsgedanke ernstlich erwogen. Unter den republikanischen und demokratischen Führern des Kongresses verbreitet sich die Erkenntnis, daß die Vereinigten Staaten in eine Stellung gedrängt werden, die keinen anderen Ausweg läßt, als die Beteiligung Amerikas an der Lösung der europäischen Fragen. In Washington ist man der Ansicht, daß die Entwicklung in Europa den Vereinigten Staaten eine neue Machtstellung gegeben habe. Kraft dieser Ueberlegenheit glauben die Vereinigten Staaten genügend Einfluß zu gewinnen, um in Europa ein Machtwort sprechen zu können. Wie Amerika diesen Einfluß zur Geltung bringen wird, ist vorläufig noch unklar. Aller Wahrscheinlichkeit nach steht der Schlüssel zur Lösung in den amerikanisch-französischen Beziehungen, zumal Frankreich der Hauptfaktor in der Entschädigungsfrage ist.

Eine Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Lösung der Friedensfrage würde Amerika gleichzeitig die Gelegenheit zu einem allgemeinen Aufräumen geben. Der Streit mit den verbündeten Mächten über Amerikas Vorbehalt bei der Verweisung der Insel Jap an Japan ist noch in der Schwebe. Ungelöst sind auch die Wünsche der Vereinigten Staaten bezüglich der Mandatsrechte in Mesopotamien und der Aabelverteilung. Die Kriegsschulden der Verbündeten in den Vereinigten Staaten bedürfen der Regelung. Zu der vorgeschlagenen allgemeinen Besteuerung der deutschen Ausfuhr in Höhe von 12 v. H. (nicht zu verwechseln mit der „Sanktion“, der 50prozentigen Strafabgabe in einzelnen Ländern des Verbands) wollen die Vereinigten Staaten ein ernstes Wort reden, da man hinter diesem Plan ein Abschieben eines Teil der deutschen Entschädigungslast auf amerikanische Einfuhrhändler vermutet. Alle diese Fragen harren der Entscheidung. Die Vereinigten Staaten würden wahrscheinlich gewisse Zusicherungen verlangen, ehe sie auf irgendwelche Entschädigungsverhandlungen eingehen.

Der Abbruch der Londoner Verhandlungen und der Vormarsch der Franzosen hat in politischen Kreisen Amerikas, und ganz besonders in der Handelswelt, verstimmt, was hauptsächlich von der Meinung herrührt, daß der Abbruch zu vorzeitig herbeigeführt worden sei und eine Fortsetzung der Unterhandlungen vielleicht mehr Klarheit geschafft hätte. Außerdem fühlt man sich nicht ganz frei von der Vermutung, daß hinter den Vorgängen die Absicht stand, Harding in seinen Friedensplänen zu beeinflussen. Für die amerikanische Geschäftswelt war der Vormarsch der Verbündeten im Weinland ein schwerer Schlag. Deutschland ist wieder der zweitbeste Kunde Amerikas. Die unansprechliche Beeinträchtigung dieses Handels durch erweiterte Besetzung wird doppelt hart empfunden, weil der Außenhandel abgeklaut ist, die Geschäftstrockenheit im Lande den Kaufmann fast zur Verzweiflung treibt, die Fabriken stillstehen und eine rasche Wiederbelebung des Welthandels dringend nötig ist. Im Jahr 1914 geriet zwar auch der Handel mit Deutschland ins Stoden, aber damals begannen die Kriegslieferungen, die diesen Ausfall doppelt und dreifach ausglich. Jetzt aber bleiben solche Geschäfte aus, und eine neue Lücke würde das Geschäft sehr hart schädigen. Nichts wäre jedoch falscher, als aus dieser Stimmung auf eine deutschfreundliche Gesinnung und im Vermittlungsfall auf eine für Deutschland besonders günstige Entscheidung zu rechnen.

Neues vom Tage.

Die Entwaffnungsfrage in Bayern.

München, 6. April. Die bayerische Regierung veröffentlichte eine amtliche Darstellung über den erfolglosen Besuch des Reichsjustizministers Dr. Heinze in München. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr wurde vom Geschäftsträger des Reichs in München, Grafen Jech, benachrichtigt, daß der Reichsminister, der zugleich Vizelkanzler ist, im Auftrag der Reichsregierung am 24. März dem bayerischen Ministerrat anzuwohnen gedenke. Herr v. Kahr machte sogleich darauf aufmerksam, daß der Teilhaber eines Reichsvertreters an der Ministerberatung Verfassungsbestimmungen entgegenstehen und dieselben Bedenken machte der Ministerpräsident geltend, als Dr. Heinze in München eingetroffen war und ihm die Note der Reichsregierung über die Entwaffnung der Einwohnerwehr übergab. Kahr erklärte, er werde die Note und das Verlangen der Reichsregierung auf Rückübernahme dem Ministerrat vorlegen. Der darauf einberufene Ministerrat lehnte die Teilnahme des Vizelkanzlers an der Beratung als verfassungswidrig ab, dagegen erklärte man sich zu einer zwanglosen Zusammenkunft zur Erörterung der Entwaffnungsfrage bereit. Als aber die Beratung der Minister am Abend beendet war, wies sich Dr. Heinze bereits auf der Rückreise nach Berlin.

Die Reichsregierung veröffentlichte eine ähnliche Erklärung, die der Meldung einiger Blätter entgegentritt. Dr. Heinze habe das Verlangen der Teilnahme am Ministerrat in ungehöriger Form gestellt.

Der Ministerrat beschloß mit eingehender Begründung der Reichsregierung vorzuschlagen, sie möge mit dem Verband wegen der Entwaffnungsfrage in neue Verhandlungen eintreten.

Einstellung des Verfahrens gegen Prinz Friedrich Leopold.

Berlin, 6. April. Das vom preussischen Finanzministerium gegen den Prinzen Friedrich Leopold anhängig gemachte Strafverfahren wegen angeblichen Verstoßes gegen das Kapitalfluchtgesetz ist durch Verfügung des Staatsanwalts eingestellt worden, da ein Verstoß gegen das Kapitalfluchtgesetz nicht ersichtlich sei und auch sonst kein Vergehen vorliege.

Die letzten Zudungen.

Berlin, 6. April. Die landwirtschaftlichen Verbände der Provinz Sachsen erklärten in einem Telegramm an den Oberpräsidenten Göring, es sei unrichtig, daß es in der Provinz wieder ruhig sei; zahlreiche Banden durchziehen noch plündernd und raubend das Land. Wenn die Regierung nicht für Schutz durch Reichswehr Sorge, werde die Landbevölkerung Selbstschutzorganisationen bilden.

In den Hersfelder Gruben werden zunächst nur verheiratete Arbeiter wieder aufgenommen.

In Bitterfeld sind weitere Kommunisten verhaftet worden. Mehrere von den Verhafteten führten große Geldebeträge bei sich, die sie von Holz erhalten haben wollen.

In Raumburg fand man auf den Eisenbahnschienen ein Paket mit Sprengstoff. Auch bei Atern wurde ein Paket mit Dynamitpatronen und Zündschnur auf der Bahnstrecke gefunden.

In Marggrabowa (Ostpreußen) wurde ein kommunistisches Waffenlager von mehreren Maschinengewehren und einer größeren Anzahl Gewehre und Munition entdeckt. Mehrere Kommunisten sind verhaftet worden.

In Hamburg begannen gestern die ersten Verhandlungen des außerordentlichen Gerichts gegen die Aufrechter. Ein 20 Jahre alter Maschinenbauer, der auf dem Dach des Direktionsgebäudes der Wert von Blohm u. Bos die rote Fahne gehißt hatte, wurde zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Frau erhielt 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, weil sie einen niedergeschossenen Polizisten durch Faustschläge und Fußtritte ins Gesicht schwer mißhandelt hatte.

In München wurde der frühere „Polizeipräsident“ der Münchener Arbeiterpartei Robert verhaftet.

Regierungskreise in Sachsen?

Dresden, 6. April. Die Kommunisten beantragten gestern im Landtag, sofort die Vorgänge in Mitteldeutschland zu beschreiben, die Polizei und Reichswehr zu entfernen und die Gefangenen freizulassen. Der Antrag rief großen Unwillen hervor und unter großem Lärm verließen die Kommunisten den Saal mit der Drohung, die sozialistische Regierungsmehrheit von jetzt an zu bekämpfen. Da diese nur 2 Stimmen Mehrheit hat, würde das jetzige Kabinett fallen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Boblenz, 6. April. Nach einer Meldung des „Orange Telegraph“ aus Washington sollen die amerikanischen Truppen nicht vor dem 1. Juli aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen werden.

Paris, 6. April. Nach dem „Echo de Paris“ soll die englische Regierung bezüglich der ersten Lage in der Arbeiterfrage bis so ortige Instruktionen des Vatillons beschließen haben, was anlässlich der Abstimmung in Oberschlesien doch in Erwägung genommen war. (Das würde den Franzosen sehr unangenehm sein.)

Paris, 6. April. General Verond, der Vorsitzende der Verbands-Abschließungskommission in Oberschlesien, wird heute in Paris einreisen, um über die Arbeit der Kommission Bericht zu erstatten.

Die Abreise des Kaisers Karl.

Wien, 6. April. Als der kaiserliche Kaiser Karl gestern vormittag in Steinamanger den Sonderzug bestieg, brachte ihm die ungarische Bevölkerung eine Huldigung dar. Auf die Ausrufe: „Auf Wiedersehen!“ antwortete der König: „Ich werde bestimmt wieder kommen!“ An der Grenze brachen die ungarischen Truppen in Hochrufe aus, was von der österreichischen Reichswehr mit Büchsen beantwortet wurde. Auf einigen österreichischen Stationen kam es zu Kundgebungen der Bevölkerung und der Bevölkerung gegen das Haus Habsburg.

Der österreichische Minister des Innern Dr. Glanz (Christlichsozial) hat sein Amt niedergelegt, weil der Bundeskanzler Dr. Mayr dem Ansuchen der Sozialdemokraten nachgegeben hat, den Sonderzug durch österreichisches Gebiet durch sozialistische Abgeordnete und Volkswehrleute begleiten zu lassen. (Im Zug befanden sich auch christlich-sozial Abgeordnete, die Großdeutschen haben die Vgl. zum Vergleich.)

Der ungarische Minister des Innern, Dr. Gräß, der während des Aufenthalts des Kaisers in Steinamanger weilte, ist zurückgetreten.

Wien, 6. April. Nach Abschluß der Besprechungen mit der Bruder Arbeiterpartei hat der Sonderzug mit Erzherzog Karl seine Fahrt von Fronteilen in den ersten Morgenstunden fortgesetzt.

Bruder droht.

Paris, 6. April. Im Senat sagte Joubert, die Entschädigungsfrage sei eine internationale Angelegenheit, aber sie sei eine französisch-deutsche Sache geworden. Viviani: dem amerikanischen Präsidenten Har-



